



# kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe April 2005 - III

## Inhalt:

1. Weiterentwicklung des Beamtenrechts
2. Gemeinsames Strafregister
3. Buchtipp: Economic Hit Man (Ökonomischer Auftragskiller)
4. Erfolgreicher GdP – Rechtsschutz
5. Rotlicht bleibt Polizei-Sache
6. Wirtschaftskrise in Sicht?
7. Patientenverfügung soll verbindlich sein
8. Polizeinachwuchs gesichert
9. „Soziale Gerechtigkeit im Härtestest“
10. Zur Erinnerung

**AM MONTAG, DEM 25. APRIL, BEGINNEN DIE PERSONALRATSWAHLEN. WIR BRAUCHEN STARKE PERSONALRÄTE, UM DIE REFORMEN AUS DEM TARIFVERTRAG UND DES DER KOLLEGINNEN ZU KÖNNEN. EINE STÄRKT UNSERE**



**BEAMTENRECHTS IM SINNE UND KOLLEGEN BEGLEITEN HOHE WAHLBETEILIGUNG POSITION!**

**ERKUNDIGT EUCH, STIMME ABGEBEN**

**WO UND WANN IHR EURE KÖNNT!**

**JEDE STIMME IST WICHTIG!**

### 1. Weiterentwicklung des Beamtenrechts

Zum Verlauf: Am 4.4.2005 fand ein Gespräch zwischen dem Staatssekretär des BMI Fritz-Rudolf Körper, Herrn Werner Müller (Abteilungsleiter Dienstrecht im BMI) sowie Bernhard Witthaut (GdP) und dem GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg statt. Am 6.4.2005 folgte das Gespräch zwischen Michael Sommer, den ÖD-Vorsitzenden und Innenminister Schily.

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99



Der Gesetzentwurf liegt inzwischen vor – der 224 Seiten lange Text kann bei der GdP angefordert werden. Die Stellungnahme der GdP Rheinland-Pfalz zu dem Entwurf wird von Koll. **Heinz Werner Gabler** erarbeitet. Nach bisherigem Planungsstand soll der Gesetzentwurf am 25. Mai 2005 ins Kabinett, und dann noch vor der Sommerpause dem Bundesrat zugeleitet werden.

**Gabler:** „Der Entwurf beinhaltet noch mehr problematische Vorschriften, als auf Grund des Eckpunktepapiers zu erwarten war. Neben einem Basisgehalt soll es vier Leistungsstufen geben, die jederzeit wieder gestrichen werden können. Jedes Jahr sollen die Leistungen – wohl anhand von Beurteilungen – neu bewertet werden. Was das für die Polizei bedeutet, kann sich jede Kollegin und jeder Kollege vorstellen.“



**GdP-Vorsitzender Scharbach:** „So trägt man den Streit in jede Dienststelle und man erzieht die Beamtinnen und Beamten zu Duckmäusern, die sich gegenüber ihren Vorgesetzten keine Kritik mehr leisten können. Da fehlt jetzt nur noch die Verbindung zu OpCo und das Chaos ist perfekt!“



**Thomas Will, GdP-Gewerkschaftssekretär:** „Da hat man uns von Seiten des Deutschen Beamtenbundes (DBB) ein ‚schönes Ei‘ ins Nest gelegt. Es ist schade, dass die DPolG in Rheinland-Pfalz die gemeinsame Linie mit BDK und GdP in dieser für die Polizei so bedeutenden Frage verlassen hat. Der BDK hatte sich ebenfalls immer gegen Nasenprämien eingesetzt und war wegen seiner Kritik am DBB-Vorsitzenden Heesen aus der Verhandlungsgemeinschaft des DBB ausgeschlossen worden. Wenn es schon für die übrigen Beamten mit Gewalt eingeführt werden soll – wir sollten es wenigstens für die Polizei gemeinsam verhindern und schnellstmöglich Gespräche mit der Landesregierung aufnehmen!“



**Stellv. Landesvorsitzender Helmut Knerr:** „Die meisten KollegInnen wissen noch gar nicht, was da an Bedrohungen auf uns zukommt. Wir bieten allen Kreisgruppen und Personalräten Vorträge über die beabsichtigten Änderungen an. Das muss jede und jeder wissen!“

## 2. Gemeinsames Strafregister

Frankreich, Belgien, Spanien und Deutschland haben einen Datenaustausch über verurteilte Straftäter vereinbart. Ab 2006 wird dem Partnerstaat mitgeteilt, wenn deren Staatsangehöriger im Nachbarland verurteilt wurde. Dies gilt für 40 Deliktgruppen. Rückfalltäter können damit ihre kriminelle Vergangenheit beim Wohnsitzwechsel nicht mehr abstreifen.



### **3. Buchtipp: Economic Hit Man (Ökonomischer Auftragskiller)**

Obwohl von den Hauptmedien in den USA totgeschwiegen, landete das Buch inzwischen auf Platz 9 der Bestseller-Liste. John Perkins, ehemaliger Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes NSA, beschreibt in seinem Enthüllungsbuch, wie die USA andere Länder über ‚Entwicklungshilfe‘ in ihre Abhängigkeit brachten um ihre imperialen Interessen durchzusetzen: *„Wenn wir unsere Arbeit richtig gemacht hatten, wurde das Empfängerland nach ein paar Jahren von der Schuldenlast erdrückt und musste die Zahlungen sowohl an die amerikanischen Förderbanken als auch die US-Konzerne einstellen“*, zitiert der SPIEGEL 13/2005 auf S. 88. Dann seien die eigentlichen Forderungen gekommen: *„Kontrolle über UNO-Voten, Installation von Militärbasen, Zugang zu Ressourcen wie Öl oder den Panamakanal.“* Der SPIEGEL erinnert an die US-Intervention in Guatemala im Fall der United Fruit Company (heute: Chiquita): *„Als 1953 der Präsident von Guatemala einen Teil der riesigen Plantagen des US-Konzerns in dem lateinamerikanischen Land enteignete und an Kleinbauern verteilte, wurde er wenig später mit CIA-Unterstützung aus dem Amt geputscht, und amerikanische Piloten bombardierten die Hauptstadt.“*

Der damalige CIA-Direktor Allen Dulles und sein Bruder, US-Außenminister John Dulles, waren die Firmenanwälte der Company, der US-Botschafter bei den UN, Henry Lodge, war United-Fruit-Großaktionär.

*„Ähnlich dubios und dokumentiert sind die Verwicklungen der heutigen Bush-Regierung mit der Ölindustrie und dem Großkonzern Halliburton, der eine führende Rolle beim Aufbau des Irak spielt.“*

Ins gleiche Bild passt die Nominierung von Paul Wolfowitz als neuem Chef der Weltbank. Er ist derzeit stellvertretender US-Verteidigungsminister im Pentagon und gilt als Antreiber des Irak-Kriegs, erzkonservativer Falke und Expansionist.

### **4. GdP – Rechtsschutz**

Ein Kollege aus der Bereitschaftspolizei hatte im März 2001 bei seiner Rotationsverwendung im Polizeieinzeldienst einen Wildunfall zur Nachtzeit aufgenommen. Mit überhöhter Geschwindigkeit war ein Fahrzeugführer in die abgesicherte Unfallstelle gerast. Unser Kollege wurde dabei erfasst und schwerstverletzt. Im November 2003 verstarb der Kollege nach langem Wachkoma an den Unfallfolgen.

Das OVG Koblenz entschied in seiner Entscheidung ( **Az.: 2 A 11761 / 04. OVG** ), dass der Witwe eine erhöhte Hinterbliebenenversorgung zusteht. Damit wurde das Urteil des VG Trier in dieser Angelegenheit aufgehoben. Eine Revision wurde durch das OVG nicht zugelassen.

Das Land, vertreten durch das ISM, hatte es abgelehnt, der Witwe die entsprechenden finanziellen Versorgungsungen zu zahlen. Gerichtlich musste die Frage geklärt werden, ob es sich um einen Dienstunfall oder einen qualifizierten Dienstunfall handelte.



**Helmut Knerr**, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP: *„Die OVG-Rechtsprechung ist für die Hinterbliebenen eine gute Entscheidung. Zum anderen stellt sie auch für die Zukunft eine wichtige Entscheidung für gleich gelagerte Fälle dar. Die Rechtsschutzgewährung der GdP war in diesem langen Zeitraum sehr wichtig gewesen.“*

Weitere Einzelheiten aus der Urteilsbegründung findet Ihr bei den Vertrauensleuten der GdP auf Euren Dienststellen.

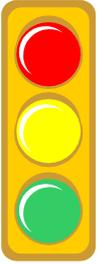
**Eilmeldung: Auf große Empörung stieß die überraschend bekannt gewordene Entscheidung der ADD Trier, gegen die Nichtzulassung der Revision Be-**



**schwerde beim Bundesverwaltungsgericht einzulegen. Die GdP interveniert bei Minister Bruch: Die ADD soll die Beschwerde zurückziehen.**

### 5. Rotlicht bleibt Polizei-Sache

„Die Landesregierung hat nach wie vor nicht die Absicht, die Überwachung von Rotlicht-Verstößen auf die Kommunen zu übertragen“, beantwortet **Karl Peter Bruch** die Kleine Anfrage (Ds. 14/3708) des CDU-Abgeordneten **Christian Baldauf**. Grund: Das Nichtbeachten des Rotlichts stelle keine Hauptunfallursache dar und die Überwachung durch die Polizei sei ausreichend.



### 6. Wirtschaftskrise in Sicht?

Lang, lang ist's her: In seinen ökonomischen Studien beschrieb Karl Marx die Anfälligkeit des ungezügelter Kapitalismus für Krisen, die in seinem System begründet liegen. Vor dem Platzen der nächsten ökonomischen Blase warnt der SPIEGEL 13/2005.

Wie uns abhängig Beschäftigten hinreichend bekannt ist es den Großkonzernen gelungen, immer mehr von den erarbeiteten Werten in ihren eigenen Taschen zu behalten. Die Lohnquote in der BRD ist auf einem Tiefstand – von den Hungerlöhnen und der Kinderarbeit in der Dritten Welt oder in Diktaturen wie China ganz zu schweigen.

Der ‚Sieg‘ der Großkonzerne verkehrt sich nun in sein Gegenteil: Sie haben den Kleinen Leuten so viel Geld abgequetscht, dass sie ihre Waren nur mehr mit Mühe losschlagen können. Das Geld in Sachinvestitionen zu pumpen, lohnt immer weniger. Stattdessen wabern täglich etwa 1 Billion Dollar um den Globus, immer auf der Suche nach der günstigsten Anlageform. Die erste künstlich so erzeugte Blase platzte im Jahr 2000, als die ‚New Economy‘ Börsenwerte derart aufblähte, dass beim Crash 12 Billionen Dollar Vermögenswerte vernichtet wurden.

Seither floh das Anlagekapital in andere – vorgeblich sichere – Werte, in der Hauptsache in Immobilien und Rohstoffe. Die Finanzpolitiker sehen hier die Entwicklung einer neuen Blase. Seit 1995 stiegen die Immobilienpreise in England um 150 – im Schnitt. Irland: plus 193 %, Holland und Spanien über 100 %. Den Anstieg der Ölpreise können wir bequem an der Zapfsäule ablesen.

Was uns beim Platzen dieser Blase blüht, ist seit 1990 in Japan zu begutachten. Das Land hat sich seit dem Absturz der Immobilienwerte bis heute nicht wieder erholt.

Ernst Scharbach: „Was lernen wir daraus: Es wäre durchaus auch im wohlverstandenen Interesse der Konzerne, den Beschäftigten (und dem Staat) den ihnen zustehenden Anteil an der Wertschöpfung abzugeben!“

### 7. Patientenverfügung soll verbindlich sein

Bereits in der März Ausgabe von ‚Kurz berichtet‘ hatten wir auf das Vorsorgeregister der Bundesnotarkammer hingewiesen, in dem Vollmachtsverfügungen zentral gespeichert und abgerufen werden können. Eine Umfrage des STERN ergab, dass 91 % (!) der Befragten es befürworteten, wenn sich Ärzte und Gerichte konsequent an die Patientenverfügung halten. Lebenserhaltende Maßnahmen sollen unterbleiben, wenn der Bürger dies vorher so verfügt hat. Mit dem Eintrag in das Register kann bundesweit verbindlich abgefragt werden, ob eine solche Verfügung vorliegt.

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

☎ 06131-96009-0 ☎ 06131-96009-99

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz  
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach



### 8. Polizeinachwuchs gesichert

Bei der Einführung der zweigeteilten Laufbahn durch das rheinland-pfälzische Parlament befürchteten manche, dass die Zahl der Bewerber mit Abitur, Fachhochschulreife oder abgeschlossener Lehre in wenigen Jahren nicht mehr reichen werde, um den Bedarf an qualifiziertem Polizeinachwuchs zu decken.

Das Statistische Bundesamt bestätigt nun die Prognosen der GdP. Die Zahl der AbsolventInnen der Hochschul- oder Fachhochschulreife ist kräftig gestiegen – von 307.000 in 1995 auf knapp 386.000 im Jahr 2004. Tendenz: weiter steigend.

Nach Auskunft des Bildungsministeriums wird in Rheinland-Pfalz alleine die Zahl der AbiturientInnen bis 2010 kontinuierlich auf über 10.000 ansteigen. Die Zahl der Fachhochschulreife dürfte bei über 3.000 liegen; die der Jugendlichen mit abgeschlossener Lehre bei über 25.000.

Etwa 2.500 Bewerbungen gehen jedes Jahr bei den Präsidien ein. An Bewerbern sollte es also nicht fehlen.

### 9. „Soziale Gerechtigkeit im Hörtetest“

titelte die Landestagung 2005 der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Landesvorsitzender **Zolk** forderte in seiner Rede das Abitur nach 12 Schuljahren und die Einschulung mit 5. Ferner forderte er mehr ‚betriebliche Bündnisse‘ und stellte sich damit gegen den Antrag der CDA Rheinhessen, die sich gegen das Aufweichen der Flächentarifverträge einsetzt.

**CDU-Chef Böhr** forderte die Rückbesinnung auf die Grundsätze der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ und übte Kritik am herrschenden Wachstumsbegriff. Böhr kritisierte heftig die Politik der Regierungen in Berlin und Mainz; sie hätten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versagt. Zu den Alternativen der CDU: Zitat: „*Da bleibt natürlich die Frage: Wie machen WIR das? Aber das will ich hier jetzt nicht vertiefen!*“

Im Leitantrag der CDA wird herausgestellt, dass sich die Bürger auf weniger Wohlstand einstellen sollten. Der Landesverband stemmt sich aber gegen weitere Einschnitte beim Kündigungsschutz, wie er von weiten Teilen der CDU gefordert wird. Sehr erfreulich: Sowohl Böhr, als auch die CDA setzen sich für die Mitbestimmung ein. **Böhr**: „*Dass bei uns mehr Zeit durch Grußworte verloren gehen als durch Streiks ist auch ein Verdienst der Mitbestimmung. Nicht alles, was für die Arbeitgeber kurzfristig bequem ist, ist langfristig effektiver.*“

Die GdP war bei der Landestagung durch Koll. Ernst Scharbach vertreten.

### 10. Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Verreisen?

Auto kaufen?

PSW 06131/96009-23 oder -31

v.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

[www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)